



Ursula Meier-Gründer

Frauenförderung steht im Zentrum des anstehenden Grossratswahlkampfes: Im Bild eine SP-Frauenaktion anlässlich der Nationalratswahlen 2011

«Wenn Frauen wollen, kommt alles ins Rollen»!

In einem Jahr finden die nächsten Grossratswahlen statt. Als Verantwortliche für die Suche nach Frauenkandidierenden im Regionalverband Thun bin ich überzeugt, dass wir in der SP-Fraktion die Frauenquote erfüllen können. Als Grossratswahlkampfpräsidentin des SP-Regionalverbands Thun 2010 erinnere ich mich an die vergeblichen Bemühungen, eine quotengerechte Grossratsliste zu präsentieren. Kompetente, engagierte, tolle Frauen jeden Alters wurden angefragt. Die gesundheitlich, persönlich oder beruflich begründeten Nein-Argumente überzeugten mich und so blieb die Quote auf der Strecke – auf 15 Männer kandidierten im Wahlkreis Thun nur 8 Frauen.

Ich erlebte einen engagierten, zeitintensiven und «fägigen» Wahlkampf. Glücklicherweise stellte sich der verdiente Wahlerfolg ein – leider aber nur in unserem Wahlkreis. Im Gegensatz zu allen anderen Regionalverbänden und dem Oberland mit gar zwei Sitzverlusten gewannen wir einen Sitz dazu. Einziger Wermutstropfen: Seit 2006 hat der Wahlkreis Thun keine SP-Frauenvertretung mehr in Bern!

Familie und Beruf zu vereinen entspricht einem Bedürfnis und ist Teil gelebter Gleichberechtigung von Mann und Frau. Familie, Beruf UND Politik zu vereinen verlangt aber einen Spagat, der bis anhin vor allem von uns

Frauen grosse Beweglichkeit erforderte und oft auch zum Stolperstein wurde. Die Kinderbetreuung zu «outsourcen» ist eine gute Lösung, wenn beide Elternteile arbeiten müssen oder wenn ein Elternteil alleinerziehend ist. Der Entscheid, wie sich das Paar organisiert, wie es die Arbeit und die familieninternen Rollen aufteilt, soll diesem überlassen sein. Wahlfreiheit heisst Rahmenbedingungen fördern, die Familien Raum für Entscheidungen lässt. Arbeitgeber sind gefordert, sich zu bewegen und diese Wahlfreiheit zu ermöglichen – auch für Väter!

Meine Überzeugungskraft und mein Engagement richten sich an die Frauen, die bereit sind, den Weg der Gleichberechtigung auch politisch zu gehen. Meine Motivation, das Amt der Kandidierendenverantwortlichen anzunehmen, entspringt der Überzeugung, dass wir bei den Grossratswahlen 2014 mindestens in der SP-Fraktion die Frauenquote erreichen können. Ich wünsche mir, dass meine Prognose ansteckend wirkt. Denn: «Wenn Frauen wollen, kommt alles ins Rollen»!



Bettina Joder Stüdle ist freiberufliche Pflegefachfrau Psychiatrie und ehemalige Grossrätin

SALUT

Temps de passer à autre chose

En novembre prochain, la population du Jura bernois devra se prononcer sur son avenir institutionnel. Devrons-nous donner



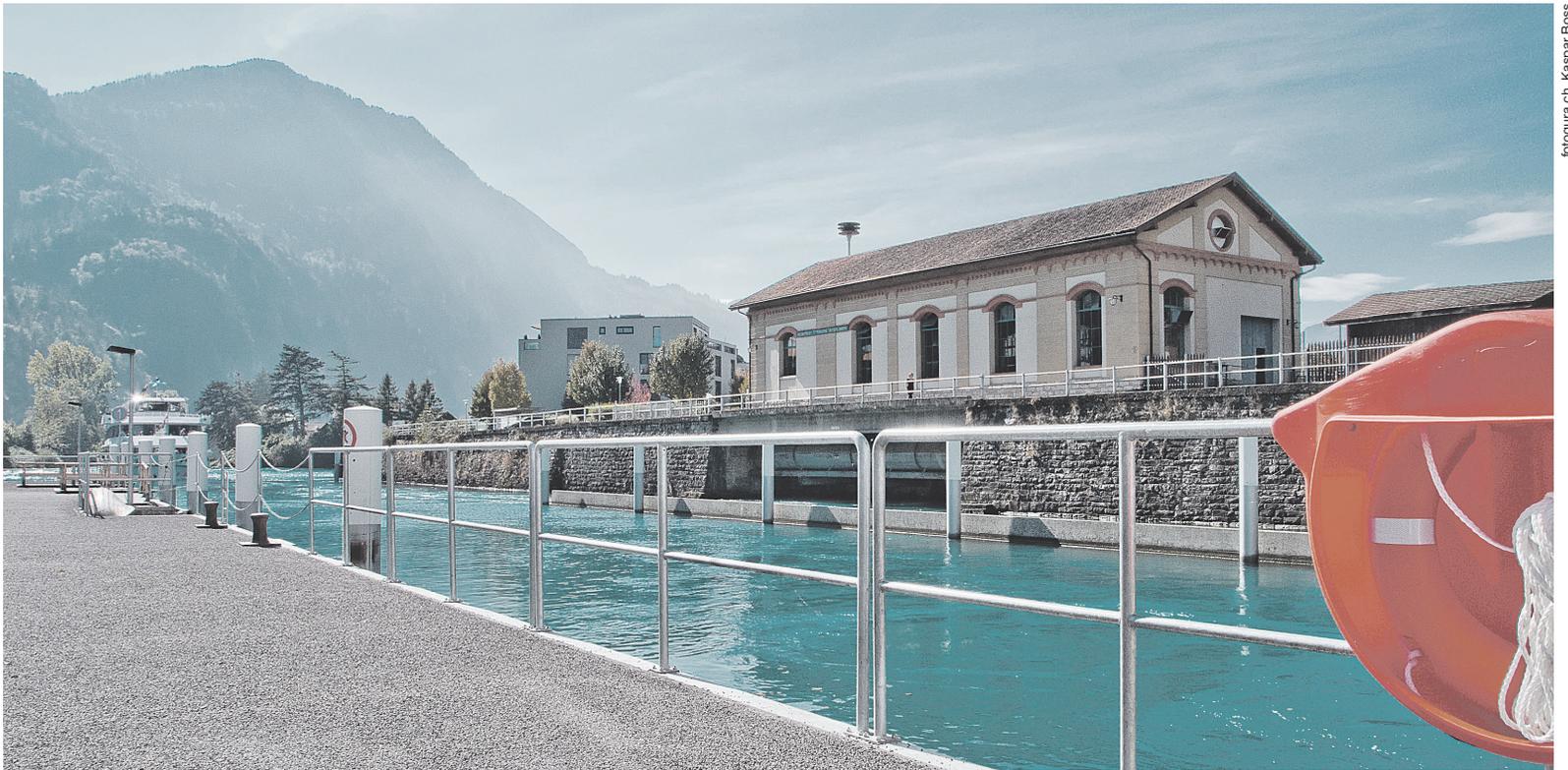
mandat au Gouvernement bernois de créer une constituante pour réfléchir à la formation d'un nouveau canton qui regrouperait le Jura et le Jura bernois? Cette procédure serait de prime abord intéressante et donnerait la possibilité de créer

quelque chose de nouveau, mais elle serait longue et n'aboutirait pas forcément à la création d'un nouveau canton. En effet, l'étude de cette nouvelle entité devra passer à travers plusieurs étapes, dont plusieurs votations populaires et finalement une votation fédérale. Ce processus sera long et surtout coûteux, pour finalement peut-être ne pas aboutir! Est-ce vraiment ce que la population du Jura bernois désire? Les avantages d'un tel canton auraient déjà sans aucun doute figurés dans les études de l'Assemblée InterJurasienne, ce qui n'est pas le cas. D'autre part, qu'advierait-il de la partie romande de la ville de Bienne?

En novembre prochain, il sera temps pour nous de clore cette question et de passer à autre chose. En 2013, le Parti socialiste, que ce soit au niveau cantonal ou régional, doit se concentrer sur les problèmes qui nous préoccupent. Avoir un service public fort et au profit de la population, se battre pour le maintien des transports publics dans notre région, maintenir une école de qualité et garantir un niveau de vie satisfaisant pour tous.

C'est pour ces raisons que le Parti socialiste bernois désire conserver le Jura bernois dans un canton fort et par là, garder ce lien avec les autres cantons romands. La création d'un canton romand fort pourrait se faire, mais à une échelle beaucoup plus grande, en regroupant tous les cantons romands par exemple, mais ça c'est une autre histoire ...

Roberto Bernasconi, député-maire au Grand Conseil, vice-président du PS du canton de Berne



fotogura.ch, Kaspar Boss

Ein funktionierender Kanton Bern ist auch auf seine Landgebiete angewiesen: Im Bild ein Kraftwerk der Industriellen Betriebe Interlaken.

Land in Sicht?

In Zeiten bürgerlicher Sparwut wird sozialdemokratische Politik in ländlichen Gebieten immer wichtiger. Solidarität zwischen Stadt und Land ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen Kanton Bern.

«Der Kanton Bern kann sich wirtschaftlich und gesellschaftlich nur weiterentwickeln, wenn die Städte als Zentren gestärkt und gleichzeitig in die Stärken der Regionen investiert wird.» Dies ist der erste Satz im Stadt-Land-Positionspapier der SP Kanton Bern aus dem Jahre 2007. Im gleichen Papier ist die Rede vom Erhalt und Ausbau regionaler Stärken: Von der Bedeutung des Zusammenspiels zwischen der Bundeshauptstadt als Bildungsstandort und der regionalen Wirtschaft, von nachhaltigem Tourismus, dezentral produzierter erneuerbarer Energie und naturnaher Landwirtschaft.

Erfolgsmodell Kanton Bern?

Dies war in letzter Zeit öfters anders zu lesen. Vom Schmarotzer-Kanton war die Rede, der auf der faulen Haut liegt und sich etwas Dolce Vita auf Kosten des Finanzausgleiches gönnt. Das Gegenteil ist der Fall. Auf Druck der Landbevölkerung wurde ein Kanton nach dem Solidaritätsprinzip geschaffen, welches sich durchaus als Erfolgsmodell erweist. Dabei sollte allen klar sein, dass sich Modelle nicht nur anhand des Steuersatzes beurteilen lassen. Genauso wenig können wir im Innern unseres Kantons einfach alle Regionen über einen Kamm scheren: Ste-

chelberg lässt sich nicht einfach mit Muri oder La Neuveville vergleichen.

Solidarität statt Gleichmacherei

Wo klare Vergleiche nicht möglich sind, entsteht Raum für Missgunst und Neid. Die einen bedauern den Verlust einst zentralisierter kantonaler Institutionen, andere sind der Meinung, man könne sich ein Oberland gar nicht mehr leisten. Und so entsteht eine Stimmung, in welcher man sich plötzlich nicht mehr als Berner, sondern als Oberländer oder Städter, und so oder so als Verlierer fühlt. Hier Gegensteuer zu geben wird die wichtige Aufgabe der SP sein, speziell in den ländlichen Teilen des Kantons. Wir brauchen das Solidaritätsprinzip zwischen vermeintlich stärkeren und schwächeren Regionen – übrigens ein ursozialdemokratischer Gedanke.

Keine Solidarität ohne sichere Finanzierung

Sozialdemokratische Politik im ländlichen Raum bietet Chancen, aber auch Herausforderungen. Es ist schwieriger in einer Gemeinde mit 800 Einwohnern den Service public, die eigene Schule oder den Dorfladen zu erhalten. Dafür wird diese Gemeinde auf ein eigenes

Opernhaus und eine Trammerschliessung verzichten können. In die Zukunft des Kantons investieren kann man nur dann, wenn man auch Mittel hat. Wenn, wie von bürgerlicher Seite momentan versucht, der Kanton zu Tode gespart wird, trifft dies die ländlichen Regionen stärker als die städtischen. Die Reduktion der Tramfrequenz wird ein Berner Quartier weniger schmerzen als die Streichung einer Zugverbindung die Bevölkerung im Simmental. Der Schüler in Saxeten soll dieselben Chancen erhalten wie jener in Thun oder Biel. Und der Landwirt im Simmental braucht genauso eine Existenzgrundlage wie der bäuerliche Grossproduzent im Seeland.

Wir brauchen eine über Stadt und Land hinaus geeinigte SP, die sich für einen solidarischen Kanton Bern einsetzt und im ganzen Kantonsgebiet gehört wird. So können wir das erwähnte Erfolgsmodell weiterentwickeln und auch unsere Kinder werden sich dereinst weiter an einem der vielfältigsten Kantone der Schweiz erfreuen können, ob auf dem Land oder in der Stadt.



Kaspar Boss ist Fotograf, Präsident des Regionalverbands Berner Oberland und Gemeinderat in Interlaken.

INITIATIVE KEINE SPEKULATION MIT NAHRUNGSMITTELN

Eine Frage des Anstands

Die JUSO will mit einer Initiative die Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten. Die Jungpartei erklärt in der aktuellen links-Ausgabe das schmutzige Geschäft mit Nahrungsmitteln und wie man die Initiative unterstützen kann.

Das will die Initiative

Infolge der exzessiven Spekulation an den Rohstoffbörsen sind die Preisschwankungen von Nahrungsmitteln in den letzten Jahren immer stärker geworden. Diese bedrohen die Existenz von Millionen von Menschen. Die Initiative will deshalb die Spekulation mit Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen für in der Schweiz ansässige Firmen verbieten. Das Verbot gilt nicht nur für Banken, sondern für alle Finanzakteure, die mit diesen Produkten handeln. Die Formulierung der Initiative lässt keine Schlupflöcher offen. So wären auch Investitionen über Schweizer Tochterfirmen im Ausland ausgeschlossen. Die Einhaltung des Verbots würde von einer Bundesbehörde überprüft und fehlbare Unternehmen würden direkt bestraft.

Warum soll ich die Initiative unterstützen?

- Mit Essen spielt man nicht!
- Die Banken sehen Nahrungsmittelspekulation als Geschäftsmöglichkeit, nicht als Armutsfalle für Millionen von Menschen.
- Im Geschäft mit Nahrungsmitteln ist Versorgung das oberste Ziel, nicht der Gewinn.



KEINE
SPEKULATION
MIT
NAHRUNGSMITTELN

- In Verträgen werden 30-mal mehr Nahrungsmittel gehandelt, als real existieren – das ist absurd!
- Global denken, lokal handeln: Ein Drittel der weltweiten Nahrungsmittelspekulation läuft über die Schweiz.

Wie kann ich die Initiative unterstützen?

- Sofort unterschreiben!
- Überzeuge Arbeitskollegen, Nachbarn und Familienmitglieder, die Initiative zu unterstützen.
- Greif uns mit einer Spende unter die Arme. Auch Kampagnen mit noblen Anliegen kosten eine Stange Geld.

- Hast du ein Konto bei der UBS, CS oder bei der Bank Vontobel? Löse dieses auf. Die genannten Banken betreiben Spekulation mit Nahrungsmitteln.
- Schicke dein Kind in die JUSO, damit er/sie uns sammeln hilft :)

Weitere Informationen zur Spekulationsstopp-Initiative finden sich auf der Homepage der JUSO www.juso.ch. Dort können auch Unterschriftenbögen heruntergeladen werden.

Und denke daran: **Jede Unterschrift zählt!**

Mitglieder der JUSO des Kantons Bern im Originalton

Salome Trafelet



« Ich finde ja schon Aktienspekulation anrühlich. Aber da stehen jeweils noch reale Firmenbeteiligungen dahinter. Nahrungsmittelspekulation hingegen ist reinstes Casino. Es wird auf 30mal mehr Nahrungsmittel spekuliert, als wirklich existieren! »

Simon Heiniger



« Schon unsere Eltern haben uns verboten mit Essen zu spielen. Wenn tonnenweise Mais in Lagerhäusern aufgrund von künstlicher Steigerung von Preisen verrottet, ist das nur bestialisch. »

Julián Rodriguez



« Wenn der Weizenpreis um 50 Prozent steigt, wird mein Weggli vielleicht 10 Rappen teurer. Auch als armer Gymeler ist das nicht viel. Bei der Familie in einem Entwicklungsland reicht nun aber das Geld nicht mehr aus, um genügend Brot zu kaufen. Ich fühle mich verantwortlich, Nahrungsmittelspekulation zu bekämpfen. »



SPITZE FEDER

Chill de Lääbe ohni Stress!

YOLO heisst scheinbar das neue Motto der Jugend: «You only live once». Was genau soll mit dem Motto «du läbsch nur einisch!»



ausgesagt werden? Schön wäre: «Mach was aus deinem Leben, engagiere dich, gestalte und verändere die Welt, hinterlasse Spuren!» Realistischer ist: «Geniesse das Leben, mach was du willst und

worauf du Lust hast, schau nur auf dich, irgendwann bist du eh wieder weg und vergessen.»

Wenn du hier diese Kolumne in der SP-Zeitung liest, bist du wohl ein politischer Mensch und fühlst dich eher von der Kategorie «Schön wäre» angesprochen. In unserer immer individualistischeren Welt scheint mir die andere Auslegung von YOLO für viele realistischer. Schade eigentlich. Sie bewahrheitet sich immer wieder bei der Suche nach Personen, die sich im Dorf, in der Region, im Kanton engagieren, kandidieren, Ämter übernehmen sollen. Ein Amt bedeutet Verantwortung, auch mal Stress und für seine Überzeugungen einzustehen, was auch unbequem sein kann. Das passt dann halt nicht so zum Lust- und Genuss-Prinzip.

Ich will aber nicht schwarzmalen. Die vielen funktionierenden Parteisektionen und auch Jungparteien sowie alle politischen Gemeinden mit besetzten Ämtern zeigen, dass sich immer noch sehr viele Menschen in unserem Land für die Öffentlichkeit engagieren. Das ist gerade im Kanton Bern mit seinen vielen Klein- und Kleinstgemeinden keine Selbstverständlichkeit. Und dass die Nachwuchsförderung in der SP Kanton Bern funktioniert, wurde eben bewiesen: Nach Ursula Wyss und Evi Allemann stellen wir mit Nadine Masshardt wieder die jüngste Frau im Nationalrat. Helfen wir alle mit, dass die Ämter gut besetzt werden können. Auch wenn die Rekrutierung viel Zeit braucht. Es lohnt sich. Für unser System und unsere Politik.

Und eben: I only live once. Darum engagiere ich mich.

Priska Grütter ist Sozialarbeiterin und ehemalige Präsidentin der SP Roggwil

ENDSPURT

AKW Mühleberg: Sicherheit der Bevölkerung verlangt sofortige Abschaltung

Am 6. März 2013 hat der Regierungsrat seinen Gegenvorschlag zur Initiative «Mühleberg vom Netz» in die Vernehmlassung geschickt. Das Kernkraftwerk Mühleberg soll demnach so rasch wie möglich, spätestens jedoch 2022, vom Netz gehen.

Die SP Kanton Bern fordert seit der AKW-Katastrophe im japanischen Fukushima die Abschaltung des AKW Mühleberg, welches die Sicherheit von einer Million Menschen im Mittelland bedroht. Sie begrüsst deshalb die Absicht der Regierung, das Kernkraftwerk Mühleberg möglichst bald ausser Betrieb zu nehmen. Im Abschaltdatum 2022 sieht sie einen Kompromiss, um auf politischem Weg in einer Volksabstimmung erstmals einen definitiven Abschalttermin für ein AKW zu verankern.

Gleichzeitig ist der grosse Bedarf an Nachrüstungen für die SP ein klares Zeichen dafür, dass das Kernkraftwerk Mühleberg im heutigen Zustand nicht sicher betrieben werden kann. Nichts wurde bisher unternommen, um die bestehenden Sicherheitsmängel zu beheben.

Die Partei lehnt deshalb den Weiterbetrieb des AKW Mühleberg ab und fordert das zuständige Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) dazu auf, dessen Abschaltung anzuordnen.



Sicherheit hat Vorrang: Die SP Kanton Bern fordert die sofortige Abschaltung des AKW Mühleberg.

AGENDA

Treffen mit SP-Exekutivmitgliedern der Gemeinden

26. März 2013, 19.00 Uhr, Hotel Bern

Alle Termine

www.spbe.ch/agenda

IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Bern, Postfach 1096, 3000 Bern 23, Tel. 031 370 07 80, links.be@spbe.ch
Adressänderungen: abo@spschweiz.ch
Spenden: PK 30-895-9 (SP Kanton Bern)
Redaktion: Oliver Lüthi

Redaktionsschluss nächste Ausgabe:
1. April 2013

ROTES BRETT

MERCI FÜR DEINEN SOLIDARITÄTSBEITRAG

Ein herzliches Dankeschön an alle Mitglieder und SympathisantInnen, welche ihren Solidaritätsbeitrag bereits überwiesen haben. Wir sind dringend auf alle Beiträge angewiesen, um im Vorwahljahr aktiv und sichtbar sein zu können und gerade jetzt für mehr Solidarität im Kanton Bern eintreten zu können. Für alle, die ihre Zahlung noch nicht getätigt haben, hier die IBAN-Nummer: CH96 0900 0000 3046 3700 6. Die Postkonto-Nummer für den Solidaritätsbeitrag lautet: 30-463700-6. Mit dem im März zugesandten Mitgliederausweis kannst du z. B. gratis ...

ALTERNATIVES KINO GENIESSEN

Das Kellerkino ist das erste und älteste unabhängige Kino der Schweiz. Seit seiner Gründung werden vor allem neue Filme gezeigt, die sonst nicht zu sehen wären, insbesondere auch Schweizer Filme. Seit 2011 arbeitet das Kellerkino eng mit dem Kino Kunstmuseum zusammen. Gegen Vorweisen der SP-Mitgliederkarte erhalten pro Vorstellung zwei Personen freien Eintritt. Das aktuelle Programm des Kellerkinos findet sich auf www.kinokunstmuseum.ch. Reservationen werden unter reservation@kellerkino.ch oder der Nummer 031 311 38 05 entgegengenommen.

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@spbe.ch